



PRESSE-INFORMATION

Umfrage zur Rentenreform: Nein zur Erhöhung des Renteneintrittsalters, Aktienrente deutlich beliebter

Hamburg, 21. Februar 2023 – Immer wieder wird in Deutschland über die künftige Finanzierung des staatlichen Rentensystems diskutiert. In einer repräsentativen Umfrage hat das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos die Deutschen nach ihrer Meinung zu fünf verschiedenen Vorschlägen gefragt, die in der aktuellen Rentendebatte im Raum stehen. Lediglich sechs Prozent der Befragten halten demnach eine Erhöhung des Renteneintrittsalters für am sinnvollsten, die große Mehrheit präferiert andere Optionen.

Finanzierung der Rente über Steuern und Aktien am beliebtesten

Den größten Zuspruch findet der Vorschlag, das Rentensystem noch stärker als bisher über Steuermittel mitzufinanzieren. 37 Prozent der Befragten würden sich für diesen Vorschlag entscheiden. Auch die Möglichkeit einer staatlichen Aktienrente stößt auf relativ hohe Beliebtheit. Knapp ein Viertel der Deutschen (24%) befürwortet diese Option. Mit großem Abstand dahinter folgen der Vorschlag einer Steigerung der Rentenbeiträge für Arbeitnehmer und Unternehmen (11%) sowie die Möglichkeit einer Senkung der ausgezahlten Renten (4%).

Deutliche parteispezifische Unterschiede bei Rentendebatte

Bei der Beurteilung der verschiedenen Vorschläge zur Rentenreform zeigen sich erhebliche parteispezifische Unterschiede. So sticht beispielsweise die Anhängerschaft der FDP hervor: Unter ihnen würden 41 Prozent eine staatliche Aktienrente bevorzugen, nur jeder Fünfte (22%) spricht sich für eine Erhöhung des Steuerzuschusses aus. Dieser Vorschlag kommt dagegen bei anderen Parteien, vor allem bei Grünen- (44%) und Linken-Wählern (55%), besonders gut an. Die Unterstützer von SPD und Union bewegen sich mit ihrem Antwortverhalten recht nah am landesweiten Durchschnittswert und würden zu 33 bzw. 35 Prozent eine Erhöhung der Steuermittel präferieren.

Die Möglichkeit einer staatlichen Aktienrente ist jedoch nicht nur bei den Sympathisanten der FDP beliebt, wengleich sie die einzige Partei ist, bei der dieser Vorschlag unter allen fünf Optionen mit Abstand am häufigsten genannt wird. Auch bei der Wählerschaft der übrigen im Bundestag vertretenen Parteien wird die Aktienrente jeweils am zweithäufigsten als sinnvoll erachtet. Am skeptischsten äußern sich die Anhänger der AfD (23%) und Linken (16%).

Erhöhung des Renteneintrittsalters parteiübergreifend unbeliebt

Immer wieder wird in Deutschland über die künftige Finanzierung des staatlichen Rentensystems diskutiert. Hierbei stehen verschiedene Vorschläge im Raum. Bitte wählen Sie aus, welchen dieser Vorschläge Sie als am sinnvollsten einschätzen.

	11%	6%	4%	24%	37%	18%
TOTAL	11%	6%	4%	24%	37%	18%
SPD	15%	9%	3%	30%	33%	10%
FDP	14%	9%	7%	41%	22%	7%
LINKE	14%	2%	2%	16%	55%	11%
CDU/CSU	12%	10%	3%	28%	35%	12%
GRÜNE	12%	6%	5%	27%	44%	6%
AFD	10%	4%	7%	23%	40%	16%



- Die Beiträge zur Rentenversicherung sollten für Arbeitnehmer und Unternehmen steigen
- Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, z. B. von 67 auf 70 Jahre
- Die Höhe der ausbezahlten Renten sollte abgesenkt werden
- Die Regierung sollte in Aktien investieren, um mit dem möglichen Profit die Rentenkasse finanziell zu unterstützen
- Die Rentenkasse sollte durch einen noch höheren Anteil aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden
- Weiß nicht / Keine Angabe

Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 03. Februar 2023.



Erhöhung der Rentenbeiträge und Aktienrente bei Jüngeren beliebter

Vergleicht man die Meinungen zur Rentenreform zwischen den verschiedenen Altersgruppen, fällt auf, dass jüngere Befragte zwischen 18 und 39 Jahren deutlich häufiger eine Erhöhung der Rentenbeiträge bevorzugen als Ältere. Während unter den Befragten mittleren (40 bis 59 Jahre) und älteren (60 bis 75 Jahre) Alters nicht einmal jeder Zehnte (9% bzw. 8%) diesen Vorschlag als besonders sinnvoll einschätzt, ist die Zustimmung bei den Jüngeren in etwa doppelt so groß (17%).

Mit Abstand am beliebtesten ist bei den Personen mittleren (42%) und älteren Alters (41%) die Option eines erhöhten Steuerzuschusses. Auch bei den Jüngeren kommt dieser Vorschlag gut an, liegt mit einem Anteil von 27 Prozent jedoch gleichauf mit der Möglichkeit einer staatlichen Aktienrente. Bei den 40 bis 59-Jährigen (21%) und den über 60-Jährigen (25%) liegt das Aktienmodell unter den fünf abgefragten Vorschlägen zur Rentenreform jeweils an zweiter Stelle.

Jüngere eher für Erhöhung der Rentenbeiträge als Ältere

Immer wieder wird in Deutschland über die künftige Finanzierung des staatlichen Rentensystems diskutiert. Hierbei stehen verschiedene Vorschläge im Raum. Bitte wählen Sie aus, welchen dieser Vorschläge Sie als am sinnvollsten einschätzen.



- Die Beiträge zur Rentenversicherung sollten für Arbeitnehmer und Unternehmen steigen
- Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, z. B. von 67 auf 70 Jahre
- Die Höhe der ausbezahlten Renten sollte abgesenkt werden
- Die Regierung sollte in Aktien investieren, um mit dem möglichen Profit die Rentenkasse finanziell zu unterstützen
- Die Rentenkasse sollte durch einen noch höheren Anteil aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden
- Weiß nicht / Keine Angabe

Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 03. Februar 2023.



Aktienrente polarisiert zwischen arm und reich

Deutliche Unterschiede im Antwortverhalten zeigen sich auch mit Blick auf das Einkommen der Befragten. Während das Konzept einer gesetzlichen Aktienrente fast jeden dritten Gutverdiener (32%) mit einem Nettohaushaltseinkommen von mehr als 4.000 Euro überzeugt, kommt es bei Personen mit einem niedrigeren Einkommen von weniger als 2.000 Euro deutlich schlechter an (16%).

Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde am 03. Februar 2023 durchgeführt.

Kontakt:

Dr. Johannes Kaiser
Ipsos Politik- und Sozialforschung
johannes.kaiser@ipsos.com
Fon: +49 30 3030645 7250



PRESSE-INFORMATION

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland sind wir mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Unsere Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt.

Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).
ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | www.ipsos.com

Auszug aus dem Fragebogen

Immer wieder wird in Deutschland über die künftige Finanzierung des staatlichen Rentensystems diskutiert. Hierbei stehen verschiedene Vorschläge im Raum. Bitte wählen Sie aus, welchen dieser Vorschläge Sie als am sinnvollsten einschätzen.

- (1) Die Beiträge zur Rentenversicherung sollten für Arbeitnehmer und Unternehmen steigen
- (2) Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, z.B. von 67 auf 70 Jahre
- (3) Die Höhe der ausgezahlten Renten sollte abgesenkt werden
- (4) Die Regierung sollte in Aktien investieren, um mit dem möglichen Profit die Rentenkasse finanziell zu unterstützen
- (5) Die Rentenkasse sollte durch einen noch höheren Anteil aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 



PRESSE-INFORMATION

Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD – Alternative für Deutschland
- (7) Die Linke
- (8) Andere Partei, und zwar _____

- (95) Würde ungültig wählen
- (96) Würde keine Zweitstimme abgeben
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

Kommentiert [GW1]: Seit wann geben wir hier Demografie Fragen an?